

Hauptausschuss

Protokoll Nr. HA/01/2017

über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 16.01.2017,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, R. 2/3

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:10 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Hinrich Schmick

Stadtverordnete

Herr Thomas Bellizzi

Frau Doris Brandt

Herr Jürgen Eckert

Herr Jörg Hansen

Herr Detlef Levenhagen

Herr Bela Randschau

Herr Christian Schubbert-von Hobe

Herr Roland Wilde

i. V. f. Herrn Proske

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Peter Egan

Herr Reinhard Hampel

Frau Jonida Kajolli

Seniorenbeirat

Kinder- und Jugendbeirat

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Herr Thomas Reich

Herr Horst Kienel

Frau Kerstin Bath

Herr Mathias Schuster

Frau Birgit Reuter

Personalratsvorsitzender

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt:

Stadtverordnete

Herr Jochen Proske

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 11/2016 vom 12.12.2016
6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.2.1. Wahl des Seniorenbeirats
 - 6.2.2. Verlängerung der Anordnung von Anhalte- und Sichtkontrollen gem. § 180 Abs. 3 LVwG
 - 6.2.3. Ahrensburger Straße in Feldkirchen
 - 6.2.4. Förderung der Kontakte im Rahmen der Städtepartnerschaften - Änderungsbedarf der Richtlinien
7. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 23.01.2017
8. Erlass der Haushaltssatzung 2017 **2016/121**
- Beschlussfassung über den Stellenplan 2017
 - 8.1. Antrag der WAB-Fraktion zum Haushalt 2017 - Stellenplan **AN/063/2016**
 - 8.2. Antrag der CDU-Fraktion vor Vorlage 2016/121 - Stellenplan 2017 **AN/083/2016**
Stelle 11 120 Stellenplan Nr. 30, Personalmanagement
 - 8.3. Antrag der CDU-Fraktion f.d. HA - Stellenplan 2017 **AN/091/2016**
Stelle lfd.Nr. 20 - Betlg. und Risikomanagement
Stelle lfd.Nr. 125 - zentrale Auftragsvergabe
Stelle lfd.Nr. 137 - Landschaftsplaner
Stelle lfd.Nr. 152 - Energiemanager
 - 8.4. Antrag der SPD-Fraktion Vorlage 2016/121 - Stellenplan 2017 **AN/084/2016**
Für den Fachdienst IV.3 wird eine weitere Stelle eingerichtet

- 8.5. Antrag der FDP-Fraktion f.d . HA - Vorlage 2016/121 - Stellenplan 2017 **AN/088/2016**
PSK 11115 - Stelle lfd.Nr. 2017: 15
PSK 11140 und 27100 - Stellen lfd.Nr. 2017: 42 und 108
PSK 54100 - Stelle lfd.Nr. 2017: 137
- 8.6. Befristete Stelle Stadtplanung
- 8.7. Schulsozialarbeit **2016/130/1**
- Statusbericht
- Antrag des Eric-Kandel-Gymnasiums
- Antrag der Grundschule Am Reesenbüttel
- 8.8. Antrag der FDP-Fraktion f.d. HA - Haushalt 2017
- Globale Kürzungen Personalaufwendungen alle Produkte
(AN 089/2016)
9. Veröffentlichung Amtlicher Bekanntmachungen - 1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung **2016/084/1**
10. Anfragen, Anregungen, Hinweise
- 10.1. Digitalfunk bei der Feuerwehr

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Hauptausschusses Herr Schmick begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Hauptausschusses stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Einwohnerfragestunde

Anfragen bzw. Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern werden nicht gestellt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Der Tagesordnungspunkt „Schulsozialarbeit in Ahrensburg“, Vorlagen Nr. 130/1/2016, erhöhter Stundenbedarf von drei Wochenstunden bei der Stelle Nr. 115 befristet bis zum Ende des Schuljahres 2018/2019, soll im Zusammenhang mit dem Stellenplan, Vorlagen Nr. 121/2016, beraten werden. Im Zusammenhang mit dem Stellenplan ist auch die in der Sitzung des Hauptausschusses am 14.11.2016 im Rahmen der Stellenplanberatungen (TOP 8) von der Verwaltung beantragte befristete Stelle in der Stadtplanung (Städtebauförderung) aufzunehmen.

Der Hauptausschuss stimmt der mit Einladung vom 03.01.2017 versandten Tagesordnung mit wie vor genannten Änderungen zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 11/2016 vom 12.12.2016

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

– *Siehe nicht öffentliche Anlage* –

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

6.2.1. Wahl des Seniorenbeirats

Zurzeit haben sich 16 Kandidaten für die Wahl des Seniorenbeirats am 22.02.2017 aufgestellt. Sofern die Anzahl der zugelassenen Wahlvorschläge der Anzahl der zu wählenden Mitglieder für den Seniorenbeirat entspricht oder unterschreitet, gelten die zugelassenen Wahlvorschläge als gewählt. Die Wahl selbst ist bei 15 Kandidaten entbehrlich.

Ein Stadtverordneter hat sich als Kandidat für den Seniorenbeirat aufstellen lassen. Eine Mitgliedschaft eines Stadtverordneten in den Seniorenbeirat ist rechtlich zulässig, da die Mitgliedschaft laut Satzung über die Bildung eines Seniorenbeirats nicht ausgeschlossen ist.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Stadtverordnete hat seine Kandidatur zurückgezogen. Die Wahl ist somit entbehrlich.

6.2.2. Verlängerung der Anordnung von Anhalte- und Sichtkontrollen gem. § 180 Abs. 3 LVwG

Die Polizeidirektion Ratzeburg hat für den Zeitraum vom 26.12.2016 bis einschließlich 22.01.2017 die Durchführung polizeilicher Anhalte- und Sichtkontrollen gemäß § 180 Abs. 3 Nr. 1 LVwG zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten von erheblicher Bedeutung angeordnet bzw. verlängert, bei denen gewichtige Schäden für Vermögens- und Sachwerte zu erwarten sind.

6.2.3. Ahrensburger Straße in Feldkirchen

Die Verwaltung teilt mit, dass in Feldkirchen gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 14.12.2016 die Ahrensburger Straße in Feldkirchen (Nähe Bamberger Amthof) beschlossen worden ist (**siehe Anlage**).

6.2.4. Förderung der Kontakte im Rahmen der Städtepartnerschaften - Änderungsbedarf der Richtlinien -

In der letzten Sitzung der AG Städtepartnerschaften am 17.11.2016 wurde erklärt, dass es aus Sicht der Verwaltung einen Bedarf gibt, die Richtlinien der Stadt Ahrensburg für die Förderung von Kontakten im Rahmen der Städtepartnerschaften zu überarbeiten. Die verschiedenen Punkte des Änderungsbedarfes sind der **Anlage** zu entnehmen. Ob und inwieweit ein Änderungsbedarf unterstützt wird, sollte interfraktionell erörtert werden.

7. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 23.01.2017

Bürgervorsteher Wilde erläutert die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 23.01.2017.

2016/121

8. **Erlass der Haushaltssatzung 2017
- Beschlussfassung über den Stellenplan 2017** AN/063/2016
- 8.1. **Antrag der WAB-Fraktion zum Haushalt 2017 – Stellenplan** AN/083/2016
- 8.2. **Antrag der CDU-Fraktion Vorlage 2016/121
- Stellenplan 2017 –
Stelle 11 120 Stellenplan Nr. 30, Personalmanagement** AN/091/2016
- 8.3. **Antrag der CDU-Fraktion f.d. HA - Stellenplan 2017
Stelle lfd.Nr. 20 - Betlg. und Risikomanagement
Stelle lfd.Nr. 125 - zentrale Auftragsvergabe
Stelle lfd.Nr. 137 - Landschaftsplaner
Stelle lfd.Nr. 152 - Energiemanager** AN/084/2016
- 8.4. **Antrag der SPD-Fraktion Vorlage 2016/121 - Stellenplan 2017
Für den Fachdienst IV.3 wird eine weitere Stelle eingerichtet** AN/088/2016
- 8.5. **Antrag der FDP-Fraktion f.d. HA - Vorlage 2016/121 - Stellenplan 2017
PSK 11115 - Stelle lfd.Nr. 2017: 15
PSK 11140 und 27100 - Stellen lfd.Nr. 2017: 42 und 108
PSK 54100 - Stelle lfd.Nr. 2017: 137**
- 8.6. **Befristete Stelle Stadtplanung** 2016/130/1
- 8.7. **Schulsozialarbeit
- Statusbericht
- Antrag des Eric-Kandel-Gymnasiums
- Antrag der Grundschule Am Reesenbüttel** AN/089/2016
- 8.8. **Antrag der FDP-Fraktion f.d. HA - Haushalt 2017
- Globale Kürzungen Personalaufwendungen alle Produkte**

Im Rahmen der Stellenplanberatungen behandelt der Hauptausschuss zunächst die einzelnen Anträge zu den Stellen.

8.1 Antrag der WAB-Fraktion zum Haushalt 2017 – Stellenplan (AN 063/2016)

Der Hauptausschuss behandelt die einzelnen Stellen des Antrages AN/063/2016 der WAB-Fraktion:

Stelle 20 Beteiligungs- und Risikocontrolling

Die WAB-Fraktion (AN/063/2016) und die CDU-Fraktion (AN/ 091/2016) stellen folgenden Antrag: *Die Stelle 20 Beteiligungs- und Risikocontrolling ist zu streichen.*

Der Hauptausschuss stimmt wie folgt ab:

Abstimmungsergebnis: 5 dafür (3 CDU, 1 FDP, 1 WAB)
4 dagegen (2 Bündnis 90/Die Grünen, 2 SPD)

Dem Antrag ist somit zugestimmt.

Stelle 125 Zentrale Auftragsvergabe

Die WAB-Fraktion (AN/063/2016) und die CDU-Fraktion (AN/091/2016) stellen folgenden Antrag: *Die Stelle 125 Zentrale Auftragsvergabe ist zu streichen.*

Abstimmungsergebnis: 5 dafür (3 CDU, 1 WAB, 1 FDP)
4 dagegen (2 Bündnis 90/Die Grünen, 2 SPD)

Dem Antrag ist zugestimmt.

Stelle 137 Landschaftsplaner

Auf Anfrage des Ausschussmitgliedes Randschau, inwieweit und mit welchem Anteil die Stelle des Landschaftsplaners auch Arbeiten über die Kontrolle der Baumschutzsatzung erfüllen müsse, erklärt die Verwaltung, dass die angemeldete Teilzeitstelle ausschließlich wegen der in den vergangenen 20 Jahren kontinuierlich erhöhten Planungsprozesse im Umwelt- und Grünbereich erforderlich sei. Das Grünflächenwesen in Ahrensburg könne nicht mehr mit den vor ca. 20 Jahren geschaffenen Ingenieurstellen abgedeckt werden.

Die WAB-Fraktion (AN/063/2016), die CDU-Fraktion (AN/091/2016) und die FDP-Fraktion (AN/088/2016) stellen folgenden Antrag: *Die Stelle 137 Landschaftsplaner ist zu streichen.*

Der Hauptausschuss stimmt wie folgt über den Antrag ab:

Abstimmungsergebnis: 5 dafür (3 CDU, 1 FDP, 1 WAB)
4 dagegen (2 Bündnis 90/Die Grünen, 2 SPD)

Dem Antrag ist somit zugestimmt.

Stelle 152/153 Energiemanager/Klimaschutzmanager

Die WAB-Fraktion (AN/063/2016) führt aus, dass ein Klimaschutzmanager sich in 2017 bis 2019 vorwiegend mit Maßnahmen zur Energieeinsparung in öffentlichen Gebäuden beschäftigt. In diesem Bereich lassen sich CO²-Ausstoß und Aufwendungen am schnellsten reduzieren. Bei diesem Schwerpunkt könne auf die zweite Stelle Energiemanager verzichtet werden.

Einerseits wird in der anschließenden Diskussion darauf hingewiesen, dass die Stelle des Klimaschutzmanagers förderfähig sei. Die Förderung entfalle, wenn der Klimaschutzmanager Aufgaben des Energiemanagers wahrnehmen würde. Der Energiemanager der aufgrund der Anforderung des Landesrechnungshofes im Stellenplan eingestellt werden soll, habe auch andere Aufgaben als der Klimaschutzmanager. Das von den Gremien beschlossene Klimaschutzkonzept setze einen Klimaschutzmanager voraus. Ahrensburg sei die einzige Stadt in Kreis Stormarn, die bisher kein Klimaschutzkonzept mit einem Klimaschutzmanager habe. Nach den Erfahrungen des Kreises Stormarn rechne sich sowohl ein Klimaschutzmanager als auch ein Energiemanager. Eine Vermischung der Aufgaben des Klimaschutz- und Energiemanagers sei nicht möglich.

Andererseits wird die Auffassung vertreten, dass Ziel des Klimaschutzkonzeptes CO²-Einsparungen sei, die jedoch eine energetische Sanierung an öffentlichen Gebäuden voraussetze. Es handele sich um zwei Stellen, die überlappende Aufgaben haben würden. Die Einrichtung von zwei weiteren Stellen „Energie- und Klimaschutzmanager“ würde zu mehr Arbeit und Belastung durch die Leitung führen.

Bürgermeister Sarach schlägt entsprechend der Empfehlung des LRH die dauerhafte Einrichtung eines Energiemanagers vor. Durch die ökonomische und ökologische Energiebewirtschaftung sollen die Kosten dauerhaft gesenkt werden. Der Energiemanager könnte in einigen Jahren die Aufgabe des Klimaschutzmanagers übernehmen. Aufgaben der Stelle des Energiemanagers sollen im Wesentlichen sein:

- Aufbau eines Energiemanagements einschließlich monatlicher Erfassung, Überwachung und Analyse von Verbrauchsdaten für alle städtischen Liegenschaften und technischen Anlagen
- Investive Einsparmaßnahmen planen und umsetzen einschließlich der Beantragung von Fördermitteln
- Betriebsoptimierung technischer Anlagen
- Erstellung des jährlichen Energieberichts

Ausschussmitglied Levenhagen erklärt, dass die CDU-Fraktion ihren Antrag auf Streichung der Stelle des Energiemanagers zurückzieht unter der Voraussetzung, dass diese Stelle nach zwei bis drei Jahren die Aufgaben des Klimaschutzmanagers, wie vor von der Verwaltung ausgeführt, wahrnimmt.

Anschließend wird wie folgt abgestimmt: *Die Stelle Nr. 153 Klimaschutzmanager wird gestrichen.*

Abstimmungsergebnis: 6 dafür (3 CDU, 1 WAB, 1 FDP, 1 SPD)

3 dagegen (2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 SPD)

Dem Antrag ist somit zugestimmt.

Stelle 165 Ehemals Leitung der VHS

Bürgermeister Sarach erklärt, dass die Personalausgaben der Stelle 168/2017 (neue Leitung VHS) zwar entsprechend den Vorgaben beim Produkt 27100 VHS zu veranschlagen sind, aber im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung zur Beurteilung des Kostendeckungsgrades neutralisiert werden. Die FDP-Fraktion (AN/088/2016) und die WAB-Fraktion (AN/063/2016) ziehen ihren Antrag entsprechend zurück.

Stelle 261 Sozialpädagoge BBH

Die WAB-Fraktion beantragt mit Antrag AN/063/2016, die Stelle 261 Sozialpädagoge BBH zu streichen. Der Hauptausschuss stimmt wie folgt ab:

Abstimmungsergebnis: 1 dafür (WAB)
8 dagegen (3 CDU, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 2 SPD, 1 FDP)

Der Antrag ist somit abgelehnt

8.2 Antrag der CDU-Fraktion AN/083/2016/Stelle 30, Personalmanagement

Bürgermeister Sarach verweist auf das an die Fraktionen vom Personalrat versandte Schreiben bezüglich der Stelle „Personalmanagement“. Der Personalrat erklärt, dass bereits jetzt die derzeit ausgeführten Arbeiten im Personalamt ein hohes Maß an Mehrstunden verursachen. Diese Aufgaben sind nur ein Teil dessen, was gesetzlich vorgeschrieben sei und zu deren Einhaltung die Stadt als Arbeitgeber verpflichtet ist. Aufgaben des Fachdienstes Personalmanagement, die mit der derzeitigen Stellenanzahl nicht oder nicht voll umfänglich geleistet werden können, sind

- Betriebliches Eingliederungsmanagement
- Arbeitsschutz (Arbeitssicherheit/Arbeitsplatzbegehung)
- Personalentwicklungskonzept (zukunftsorientierte Personalplanung, Personalbeschaffung)
- Gesundheitsmanagement (Beschluss HA am 19.01.2015, TOP 11.5)

Der Personalrat bittet, dies bei der Stellenplanberatung und Entscheidungsfindung zu berücksichtigen.

Anschließend wird über den Antrag der CDU-Fraktion (AN/083/2016), der wie folgt lautet „*Die Stelle Nr. 30 Personalmanagement ist zu streichen*“, wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: 4 dafür (3 CDU, 1 WAB)
5 dagegen (2 Bündnis 90/Die Grünen, 2 SPD, 1 FDP)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

8.3 Antrag der CDU-Fraktion AN/091/2016

Über diese Stellen wurde bereits im Rahmen der Beratung über den WAB-Antrag (AN 063/2016) abgestimmt.

8.4 Antrag der SPD-Fraktion AN/084/2016 - Weitere Stelle für den Fachdienst IV.3 (Straßenwesen)

Ein Ausschussmitglied ist der Auffassung, dass bei Bereitstellung einer weiteren Stelle im Straßenbau auch mehr Mittel für die Unterhaltung und Sanierung von Straßen im Rahmen von Steuererhöhungen erforderlich seien, denen jedoch nicht zugestimmt worden sei.

Anschließend wird über den Antrag der SPD-Fraktion, der wie folgt lautet, abgestimmt: *Für den Fachdienst IV.3 (Straßenwesen) wird eine weitere Stelle eingerichtet (analog zu den Stellen 143 und 144).*

Abstimmungsergebnis: 5 dafür (2 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 WAB)
4 dagegen (3 CDU, 1 FDP)

Dem Antrag AN/084/2016 ist somit zugestimmt.

8.5 Antrag der FDP-Fraktion AN/088/2016 / Stelle 15, Fachbereich I, Verwaltungsdirektor

Nach Erläuterung des Antrages AN/088/2016 durch die FDP-Fraktion und kurzer Diskussion stimmt der Hauptausschuss wie folgt über den Antrag der FDP-Fraktion ab: *Die Stelle Nr. 15/2017 Verwaltungsdirektor A 16, geplante Auslagerung an Stadtwerke Ahrensburg SWA als Geschäftsführer wird gestrichen.*

Abstimmungsergebnis: 1 dafür (1 FDP)
8 dagegen (3 CDU, 2 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 WAB)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Über die weiteren Stellen Nr. 41, 168 und 137 im Antrag der FDP-Fraktion Nr. 088/2016 wurde bereits im Rahmen des Antrags der WAB-Fraktion AN/063/2016 abgestimmt.

8.6 Befristete Stelle in der Stadtplanung (Städtebauförderung)

In diesem Zusammenhang wird auf die Sitzung des Hauptausschusses am 14.11.2016 verwiesen. Bürgermeister Sarach hat in dieser Sitzung auf die Ergänzung der Vorlage um die Erforderlichkeit der Bereitstellung einer befristeten Vollzeitstelle für zwei Jahre für Aufgaben der Städtebauförderung hingewiesen, insbesondere mit der Aufgabe der bauplanungsrechtlichen Bewer-

tung der ca. 700 im Sanierungsgebiet liegenden Flurstücke. Für den Bereich der Städtebauförderung ist eine unbefristete Vollzeitstelle Nr. 131/2017 vorhanden. Die Stelleninhaberin ist zurzeit in Elternzeit und wird durch eine befristet beschäftigte Kollegin vertreten. Die Stelleninhaberin kehrt im Juni 2017 an den Arbeitsplatz zurück. Nach Abschluss der Voruntersuchung mit dem Stadtentwicklungskonzept soll eine Sanierungssatzung beschlossen werden.

Das Sanierungsgebiet Innenstadt umfasst zurzeit ca. 700 Flurstücke, etwa 55 ha.

Die Aufgaben, die von der vorhandenen Stelle und der erforderlichen neuen Stelle wahrzunehmen sind, sind nochmals als **Anlage** dieser Niederschrift beigefügt.

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes über eine externe Vergabe der Tätigkeit wird erklärt, dass dies nicht möglich sei, da der Stelleninhaber der befristeten Stelle planungsrechtliche Stellungnahmen zu 700 Flurstücken dem Gutachterausschuss zuarbeiten soll.

Anschließend wird wie folgt über den Antrag auf Einrichtung einer befristeten Stelle in der Stadtplanung (Städtebauförderung) ab 01.07.2017 bis 30.06.2019 abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: 7 dafür (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 2 SPD, 1 FDP)
2 Enthaltungen (1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 WAB)

Dem Antrag ist zugestimmt.

8.7 Schulsozialarbeit Vorlage Nr. 2016/130/1

Einerseits wird auf die Zuständigkeit und die Verantwortung der Schulsozialarbeit beim Land Schleswig-Holstein hingewiesen, andererseits handelt es sich bei den 15 Stunden Sozialarbeit am EKG um eine Empfehlung der Verwaltung, die auf den Prüfbericht des Landesrechnungshofes basiert. Durch den einstimmigen Beschluss der Gremien der Vorlagen Nr. 2014/122 wurde der Bedarf an Schulsozialarbeit für beide Schulen (Gemeinschaftsschule und EKG) anerkannt. Die beantragten drei Stunden Wochenarbeitszeit tragen der aktuellen Stellenvakanz Rechnung und sind zudem erforderlich, um den Mehrbedarf bei der Dokumentation und Auswertung der Einsätze im Rahmen von Schulsozialarbeit auszugleichen. Der Schulleiter des EKG hat bestätigt, dass die Schulsozialarbeit auch an seinem Gymnasium für die Kinder, Eltern und Lehrer unverzichtbar geworden sei.

Anschließend stimmt der Hauptausschuss über den Beschlussvorschlag der Vorlagen Nr. 2016/130/1 ab:

„Der erhöhte Stundenbedarf von drei Wochenstunden bei der Stelle Nr. 115 wird befristet bis zum Ende des Schuljahres 2018/2019 anerkannt. Der Stellenplan 2017 ist entsprechend anzupassen. Die Personalkosten sind im Produkt 36312 um 4.000 € zu erhöhen.“

Abstimmungsergebnis: 7 dafür (3 CDU, 1 WAB, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 SPD)
2 dagegen (1 FDP, 1 SPD)

Dem Antrag ist zugestimmt

8.8 Antrag der FDP-Fraktion AN/089/2016/Globale Kürzung Personalaufwendungen

Dem Antrag AN/089/2016 wurde in der Sitzung des Hauptausschusses am 12.12.2016 im Rahmen der Haushaltsberatungen zugestimmt. Dieser lautet wie folgt: *Die Ansätze der Gesamtpersonalaufwendungen werden global in 2017 von bisher 1. Entwurf 15.980.700 € um ca. 500.000 € auf ca. 15.500.000 € herabgesetzt.*

Von mehreren Mitgliedern des Ausschusses wird die Auffassung vertreten, dass der Ansatz der Gesamtpersonalaufwendungen um die Personalaufwendungen der wie vor gestrichenen Stellen zu reduzieren ist und dieser Ansatz um 500.000 € herabgesetzt wird. Laut Erfahrungen aus der Vergangenheit bestehe ein „Spielraum“ bei den Personalausgaben, da Stellen bei Neubesetzungen über einen längeren Zeitraum nicht besetzt bzw. auch unterwertig besetzt werden.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass für die Veranschlagung der Personalkosten der Stellenplan maßgebend sei. Gemäß § 17 Abs. 2 der Gemeindehaushaltsverordnung Doppik richtet sich die Veranschlagung von Personalaufwendungen nach dem in Haushaltsjahr voraussichtlich besetzten Stellen. Der Antrag AN/089/2016 ist dahingehend auszulegen, dass von den Gesamtpersonalaufwendungen des 1. Stellenplanentwurfes unabhängig von der Streichung der Stellen dieser Ansatz um 500.000 € herabzusetzen ist. Es erfolgt anschließend eine Einigung auf die Auslegung des Antrages entsprechend der Verwaltung.

Ein Ausschussmitglied bemängelt, dass die Einnahmen der Gewerbesteuer der Höhe der Personalausgaben entsprechen.

Ausschussmitglied Bellizzi beantragt, die Ansätze der Gesamtpersonalaufwendungen auch in der mittelfristigen Finanzplanung entsprechend dem Antrag AN/089/2016 um 500.000 € für die Jahre 2018 bis 2020 herabzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 7 dafür (2 SPD, 1 WAB, 3 CDU, 1 FDP)
2 Enthaltungen (2 Bündnis 90/Die Grünen)

Dem Antrag ist zugestimmt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, dem Stellenplan für das Haushaltsjahr 2017 in der der Vorlage Nr. 2016/121 beigefügten Ausfertigung unter Berücksichtigung der wir vor aufgeführten Beschlussfassung zu den Anträgen zu beschließen (Anlagen 1, 2 und 5 der Vorlagen Nr. 2016/121).

Abstimmungsergebnis: 8 dafür (3 CDU, 1 WAB, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 SPD, 1 FDP)
1 Enthaltung (1 SPD)

Der Haushaltsplanentwurf 2017 wird aufgrund des geändert beschlossenen Stellenplans in Form der 4. Veränderungsliste angepasst.

9. Veröffentlichung Amtlicher Bekanntmachungen - 1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung

Die Verwaltung erläutert die Vorlage, deren Beschlussvorschlag die Empfehlung des Ältestenrats beinhaltet.

Einerseits wird in der anschließenden Diskussion von einem Ausschussmitglied dafür plädiert, das Anzeigenblatt „Markt“ als Veröffentlichungsorgan bei Bekanntmachungen mit einzubeziehen, andererseits wird von einem Mitglied des Seniorenbeirats auf die unregelmäßige Zustellung des Anzeigenblattes hingewiesen.

Anschließend empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 8 dafür (1 SPD, 3 CDU, 1 WAB, 1 FDP, 2 Bündnis 90/Die Grünen)
1 dagegen (1 SPD)

10. Anfragen, Anregungen, Hinweise

10.1. Digitalfunk bei der Feuerwehr

Ein Ausschussmitglied bittet um Sachstandsbericht zu der Angelegenheit „digitaler Funk bei der Feuerwehr.“

Anmerkung der Verwaltung:

2013 gab es eine vorläufige Bedarfsermittlung zur Herstellung von Vergabeunterlagen auf Landesebene über den digitalen Funk bei der Feuerwehr. Die endgültige Bestellung erfolgte 2016. Insoweit sind keine Abweichungen bekannt.

gez. Hinrich Schmick
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin